

SRF-Stars üben Kritik - oder gehen

Superdirektor Ruedi Matter
unter Druck trotz No-Billag-
Sieg → **Letzte Seite**



Politiker fordern:

Anian Heierli, Andrea Willmann

Man liebt sie, verwöhnt sie, schmust mit ihnen. Die Schweiz ist ein Büsi-Land. Und doch **springt man hierzulande immer noch erstaunlich gleichgültig, ja grausam mit Katzen um.** Geschätzte 300 000 Hauskatzen gelten als verwildert, streunen herrchen- und frauchenlos herum. Gemäss Schätzungen ergeht es jährlich 100 000 Katzen noch schlimmer: **Weil keiner für sie sorgen will, werden sie illegal getötet.** Sie werden ersäuft, erschlagen, entsorgt. Zudem, so zeigen BLICK-Recherchen, sind die **Heerscharen verwilderter Katzen auch ein Gesundheitsrisiko.** Tierschützer haben jetzt genug – und sie stossen im Bundeshaus auf offene Ohren: **Parlamentarier von links bis rechts** wollen, dass Katzen mit regelmässigem Auslauf zwingend kastriert werden müssen! Ein Eingriff, der wenig kostet, aber verhindert, dass nicht laufend neue Generationen von Büsi erscheinen, die keiner bestellt hat. **Wird das Obligatorium noch dieses Jahr ins Gesetz geschrieben?**

→ **Seiten 2-3**

Kastriert die Katzen!



300 000 Büsi verwildert,
100 000 pro Jahr
ausgesetzt, ertränkt,
erschlagen – jetzt
reicht Tierschützern
und Parlamentariern:
**Für Katzen mit
Auslauf soll endlich
das Kastrations-
Obligatorium her!**

Foto: Getty Images, Thomas Meier, Stefan Kaiser / Zuger Zeitung, Keystone

Wird der Mord an Ringier-Journalist Kuciak nie aufgeklärt?

Bürgerrechtler hat wenig
Hoffnung → **Seite 9**



Jan Kuciak (†27)

Pfarrer wirft Familie aus Pfarrhaus- Wohnung

Weil die Kids zu laut Musik
hörten → **Seite 6**



Glückwunsch Jastina Doreen!

Endlich wieder eine Miss Schweiz

... doch an der Wahl gabs Ärger → **Seiten 4-5**

Die Ex-Miss-Schweiz Laetitia Guarino krönt Jastina Doreen Riederer zur neuen Miss Schweiz.

Front will neuen Namen

Lille (F) – 1972 wurde er von Jean-Marie Le Pen (89) gegründet: der Front National, Frankreichs Rechtsausserpartei. Le Pens Tochter Marine (49), heutige Parteichefin, will den rechtsextremen Ruch des Vaters loswerden. **Der Front soll künftig «Rassemblement National» (nationale Sammlung) heissen** und allen «Patrioten» offenstehen. Das erinnert an die Rassemblement-Namen der konservativen Gaullisten. Doch Donald Trumps Ex-Berater Steve Bannon, Gast am Parteitag in Lille, riet den Frontisten, sie sollten es als Ehre betrachten, wenn man sie als «Rassisten» bezeichne.

Blick

Redaktion Blick
Postfach, 8021 Zürich
Redaktion: 044 259 62 62
Abos: 0848 833 844
(8 Rp./Min. aus dem Festnetz, Anrufe aus dem
Handynetz können preislich variieren)

redaktion@blick.ch
kundenservice@blick.ch

AZ 4800 Zofingen
Nr. 59 – 60. Jahrgang
★★★★★



Young Boys, stellt den Champagner kalt!

17 Punkte Vorsprung, 11 Runden vor Saisonschluss – das holt keiner mehr ein → **Sport**

Katzen Tierschützer wollen endlich Kastrationspflicht

Anian Heierli

Wenn Katzen können, machen sie noch mehr Katzen. Und wenn niemand Platz und Futter hat für die, wo landen diese Büsi dann? Im Sack, im See. Das ist auch im 21. Jahrhundert noch immer Realität.

Die Schweizer Tierschützer haben genug von diesem mittelalterlichen Treiben. **152 Organisationen wollen, dass Katzen mit Auslauf zwingend kastriert werden müssen.** Die 100 000 Unterschriften für die Petition sind zusammen, und es werden ständig mehr. Den Startschuss dafür gaben die Stiftung für das Tier im Recht (TIR) und der Verein Network for Animal Protection (NetAP).

Die Präsidentin von NetAP, Esther Geisser, sagt: **«Nicht nur in Süd- und Osteuropa, auch in der Schweiz ist die unkontrollierte Vermehrung freilaufender Hauskatzen ein ernstes Problem.»** Sie selbst organisiert grosse Kastrationsaktionen und weiss: «Das Elend ist gross. Viele herrchen- und frauchenlose Tiere leiden an Hunger und Krankheiten.»

Schätzungen zufolge gibt es in der Schweiz bis zu 300 000 Katzen, die niemandem gehö-

«Schluss mit der Wegwerf-Mentalität!»

ren. Zudem werden rund 100 000 unerwünschte Katzen jährlich getötet. Und zwar meist nicht fachgerecht: **Sie werden ausgesetzt, ertränkt, erschlagen.** Eine Tierquälerin liess Katzen gar in der Tiefkühltruhe erfrieren, und ein Bauer in der Innerschweiz erschlug junge Büsi mit dem Hammer. Die Strafen für solche Grausamkeiten sind lächerlich gering.

Tierschützerin Geisser nimmt allerdings Bauern in Schutz:

«Am Katzenelend sind nicht einfach nur die Landwirte schuld, wie oft behauptet wird.» Im Gegenteil: «Es gibt viele Bauern, die ihre Tiere kastrieren lassen und gut zu ihnen schauen.»

Die NetAP-Präsidentin betont: **«Es sind genauso Privatleute, die ständig für Nachwuchs sorgen und damit zur Überpopulation bei-**

tragen.» Daran änderte selbst die Aufklärung von Tierschutzorganisationen in den letzten Jahren nichts. Im Gegenteil: **Laut NetAP nimmt das Problem mit den Privaten sogar zu.** Viele Leute würden sich unüberlegt Katzen anschaffen, um sie später abzu-

schieben oder auszusetzen, wenn sie nicht mehr in die Le-

bensplanung passen. «Es herrscht eine richtige Wegwerfmentalität», sagt Geisser. Damit soll Schluss sein.

Doch wer kontrolliert künftig, ob Halter ihre Katzen tatsächlich kastrieren lassen? «Schweizer sind pflichtbewusst», so Geisser. «Wir gehen davon aus, dass es wenige Kontrollen braucht.» Als Beispiel nennt sie die deutsche Stadt Paderborn. Hier gilt seit 2008 die Kastrationspflicht für freilaufende

Katzen. **Das Modell funktioniert auch ohne Sanktionen.** Es kam bisher lediglich zu Anhörungsverfahren.

Tierheim in Ennetmoos NW weiss

Verwilderte Katzen will keiner mehr



Offen für ein neues Zuhause: Findelkater Ferdinand.

Schweizer Tierschützer fordern, dass jede Katze mit Auslauf kastriert werden muss. **Die unkontrollierte Vermehrung führe heute zu herrenlosen Tieren, die auch Krankheiten verbreiten könnten.** BLICK-Recherchen zeigen: Diese Sorgen sind berechtigt.

Auch im Tierheim Paradiesli in Ennetmoos NW kennt man die Probleme bestens. 2017 wurden hier 209 Findelkatten abgegeben. Nur bei neun von

ihnen meldete sich ein rechtmässiger Besitzer.

«Fast alle abgegebenen Tiere waren nicht kastriert», sagt Heileiterin Sonja Schmidiger (42) zu BLICK. «Die meisten gehörten niemandem. Sie lebten allein irgendwo im Freien.»

Sie stellt klar: «Nicht alle waren in gutem Zustand. Einige mussten wir behandeln. Sie litten an Katzenschnupfen oder Leukose.» Da-

rum ist für die gelernte Tierpflegerin klar: **«Die Kastrationspflicht ist wichtig. Es wäre gut, Bern würde die Forderung umsetzen.»**

Für sie ist das Thema emotional: «Einige Katzen kommen in schlechtem Zustand zu uns. Wenn ich denke, dass andere sterben, schmerzt das.» Für die Kastrationspflicht ist auch Mitarbeiterin Flavia Purtschert (21): **«Verwilderte Findelkatten sind oft scheu und nicht an Menschen gewöhnt.** Deshalb ist es schwierig, sie zu vermitteln.»

Auf Ferdinand (1) trifft das nicht zu. Der junge Findelkater geht auf Menschen zu. Er sucht Kontakt. Obwohl er bis im Dezember 2017 noch alleine auf der Strasse lebte. Er wurde im Tierheim Paradiesli abgegeben. Auch er war nicht kastriert und hatte Schnupfen. Mittlerweile geht es ihm aber wieder bestens. **«Wir sind zuversichtlich, dass er bald ein neues Zuhause findet»,** sagt Chefin Schmidiger. Anian Heierli

Büsi-Elend ruft Politiker auf den Plan

Ein Herz für Büsi besitzen 39 National- und Ständeräte: Sie haben die Petition für die Kastrationspflicht für alle freilaufenden Katzen unterschrieben. **«Katzenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt», begründet SVP-Nationalrätin Yvette Estermann (51) die Unterstützung von links bis rechts.**

Gewalt, schwache Kreaturen oder Landwirtschaftskritik sind klassische Themen der Linken. SP-Ständerätin Anita Fetz (60) findet es sogar überflüssig, lange darüber zu diskutieren: «Ich habe gar nicht gewusst, dass das national noch nicht gesetzlich geregelt ist. Das ist doch selbstverständlich!»

Doch auch FDP- und SVP-Politiker, die sonst gegen jeden Zwang und gegen Regulierungen wettern, stehen hinter der Petition. Die Zürcher FDP-Nationalrätin und

Tierschützerin Doris Fiala (61) ist stolz darauf, als erste Parlamentarierin unterschrieben zu haben. Auch Bürgerliche würden ethisch-moralische Tierschutzanliegen unterstützen, davon ist sie überzeugt.

Tatsächlich wird SVP-Nationalrat Franz Grüter (54) beim Elend herrenloser Büsi emotional, obschon er wegen einer Katzenallergie nichts mit den Samtpfoten anfangen kann. **«Ich habe im Luzerner Hinterland Katzenelend gesehen. Das darf in heutiger Zeit einfach nicht sein!»** Dass eine Kastrationspflicht in die Tierschutzverordnung kommt, will auch SVP-Kollegin Verena Herzog (62): «Wir haben echt zu viele Katzen. Und wenn sie dann noch ausgesetzt werden, ist das einfach verheerend.»

Auch SVP-Nationalrätin Barbara Keller-Inhelder (49) ist entsetzt: «Das offenbart jedes Jahr 100 000 unerwünschte junge Katzen in einem zivilisierten

Land wie der Schweiz brutal getötet werden, finde ich inakzeptabel.» Hier bestehe Handlungsbedarf.

Für Skepsis sorgt einzig die Umsetzung. SVP-Nationalrätin Sylvia Flückiger (65) ahnt bereits: «Natürlich kommt sofort die Frage auf: Wer soll das kontrollieren?»

Die schwierige Umsetzbarkeit ist aber nicht das Hauptargumente der Gegner. Einer von ihnen ist Bauernverbandspräsident Markus Ritter (50). «Wir brauchen auch Katzen Nachwuchs! Wenn wir alle kastrieren müssen: Wer soll dann mausen?», fragt der CVP-Nationalrat. «Etwa eingesperrte Hausbüsi, die noch nie eine Maus gesehen haben?»

Doch das Katzenelend beschäftigt auch Ritter. Sein Verband empfehle Landwirten, Kat-

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.

zenliebe macht halt nicht vor Parteigrenzen halt: SVP-Nationalrätin Yvette Estermann, SVP-Nationalrat Franz Grüter oder SP-Ständerätin Anita Fetz (v. l.) sind für die Petition.



Leiterin Sonja Schmidiger (l.) und Pflegerin Flavia Purtschert vom Tierheim Paradiesli.

Wie sehr dürfen Sozialversicherer Kunden überwachen?

Dürfen Sozialversicherer ihre Kunden ohne richterliche Genehmigung observieren? Heute entscheidet der Nationalrat über diese heisse Frage. Der Ständerat hatte bereits im Dezember zugunsten der Versicherer beschlossen, die Hürden für Observierungen aus dem Weg zu schaffen, um potenzielle Missbräuche aufzudecken.

Das neue Gesetz wäre de facto eine Carte blanche für die Versicherer. Privatdetektive

dürften künftig in ihrem Auftrag **Verdächtige beobachten und verfolgen, Video- und Tonaufnahmen machen – und das alles in Eigenregie, ohne richterliche Genehmigung.** Einzig für Instrumente zur Standortbestimmung, namentlich das GPS-Tracking, wäre das richterliche Okay nötig. Private Ermittler hätten also mehr Rechte wie etwa die Polizei bei Observierungen von Straftätern.

Dass der Nationalrat diese Regelung heute gutheisst, ist

wahrscheinlich. Die vorbereitende Kommission jedenfalls empfiehlt die Annahme des laschen Gesetzes, obwohl sie sich zunächst für die richterliche Hürde ausgesprochen hat – dem aggressiven Lobbying des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV) und dem Unfallversicherer Suva sei Dank. **«Richterliche Bewilligungen für alle Observationsmassnahmen einzuholen, sei eine massive und praxisuntaugliche Verschärfung»** der bisherigen

Praxis, jammerten sie erfolgreich in einem Brief an die Kommissionsmitglieder.

Darüber erzürnt ist Travailssuisse-Präsident Adrian Wüthrich (37). Seine Gewerkschaft ist mit sechs Köpfen im Suva-Rat vertreten. Es sei stossend, dass die Suva als sozialpartner-schaftlich geführte selbstständige Unternehmung die Entscheidung des Parlaments in dieser Sache beeinflussen wolle – und damit direkt gegen die eigenen Versicherten losgehe.

«Dabei führt die Suva gerade mal zehn Observierungen jährlich durch», kritisiert Wüthrich. Die Überwachungen seien auch noch möglich, wenn richterliche Genehmigungen eingeholt werden müssten, so seine Überzeugung. **Dafür aber die Verhältnismässigkeit auszuhebeln und die Persönlichkeitsrechte der Versicherten zu beschneiden, sei unnötig.**

Ebenfalls bedenklich findet es Wüthrich, dass Privatdetektive mit dem neuen Gesetz Instru-

mente in die Hand bekommen, **über die nicht einmal die Polizei verfügt.** «Das Gesetz macht die Schranken ganz weit auf und verschafft den Versicherern volle Observationsmöglichkeiten.»

Deshalb kündigt der Travailssuisse-Chef an: «Kommt das Gesetz in seiner jetzigen Form durch, prüfen wir zusammen mit unseren Verbündeten, das Referendum zu ergreifen.» 50 000 kritische Stimmen lassen sich dafür sicherlich rasch finden. Julien Duc

Suva provoziert Referendum

Dürfen Sozialversicherer ihre Kunden ohne richterliche Genehmigung observieren? Heute entscheidet der Nationalrat über diese heisse Frage. Der Ständerat hatte bereits im Dezember zugunsten der Versicherer beschlossen, die Hürden für Observierungen aus dem Weg zu schaffen, um potenzielle Missbräuche aufzudecken. Das neue Gesetz wäre de facto eine Carte blanche für die Versicherer. Privatdetektive dürften künftig in ihrem Auftrag Verdächtige beobachten und verfolgen, Video- und Tonaufnahmen machen – und das alles in Eigenregie, ohne richterliche Genehmigung. Einzig für Instrumente zur Standortbestimmung, namentlich das GPS-Tracking, wäre das richterliche Okay nötig. Private Ermittler hätten also mehr Rechte wie etwa die Polizei bei Observierungen von Straftätern. Dass der Nationalrat diese Regelung heute gutheisst, ist wahrscheinlich. Die vorbereitende Kommission jedenfalls empfiehlt die Annahme des laschen Gesetzes, obwohl sie sich zunächst für die richterliche Hürde ausgesprochen hat – dem aggressiven Lobbying des Schweizerischen Versicherungsverbands (SVV) und dem Unfallversicherer Suva sei Dank. «Richterliche Bewilligungen für alle Observationsmassnahmen einzuholen, sei eine massive und praxisuntaugliche Verschärfung» der bisherigen Praxis, jammerten sie erfolgreich in einem Brief an die Kommissionsmitglieder. Darüber erzürnt ist Travailssuisse-Präsident Adrian Wüthrich (37). Seine Gewerkschaft ist mit sechs Köpfen im Suva-Rat vertreten. Es sei stossend, dass die Suva als sozialpartner-schaftlich geführte selbstständige Unternehmung die Entscheidung des Parlaments in dieser Sache beeinflussen wolle – und damit direkt gegen die eigenen Versicherten losgehe. «Dabei führt die Suva gerade mal zehn Observierungen jährlich durch», kritisiert Wüthrich. Die Überwachungen seien auch noch möglich, wenn richterliche Genehmigungen eingeholt werden müssten, so seine Überzeugung. Dafür aber die Verhältnismässigkeit auszuhebeln und die Persönlichkeitsrechte der Versicherten zu beschneiden, sei unnötig. Ebenfalls bedenklich findet es Wüthrich, dass Privatdetektive mit dem neuen Gesetz Instru-



Freiheit mit Folgen
Tierschützer fordern: Katzen mit Auslauf sollen zwingend kastriert werden.

Fotos: Anian Heilerli, Keystone, Patrick Lüthy, Getty Images

zen zu kastrieren. Für die Tiere bedeute das weniger Stress. Das weiss er von seinem «Mäuder» Tigi: ein stolzer 6,5 Kilo schwerer Kater und ein eher fauler Mauser. In der Familienhierarchie stehe er ohnehin fast über



Bauernverbandspräsident Markus Ritter und sein «Mäuder» Tigi.

«Wer soll dann mausen? Etwa Hausbüsi?»
Markus Ritter (CVP)

ihm, wie der Bauernchef schmunzelnd erklärt.

Als Nächstes wird die Petition ins Bundeshaus getragen. **GLP-Nationalrat Martin Bäumle (53) sucht für die Tierschützer nach der besten Umsetzung.**

Am einfachsten fände er eine Ergänzung von Artikel 25 der Tierschutzverordnung durch den Bundesrat. Eventuell müsse das Parlament dafür aber via Empfehlung einer Kommission im National- oder Ständerat Druck machen.

Andrea Willmann

Möbel-Pfister-Boss und Blocher-Schwiegersohn Matthias Baumann über den neuen Möbelgiganten XXXLutz

Matthias Baumann (45) ist ein Patron alter Schule. Beim Rundgang durch die Filiale in Dübendorf ZH hat der Chef von Möbel Pfister für jeden Mitarbeiter ein nettes Wort parat. Die Kunden begrüsst er freundlich. **Und wenn ihn etwas stört, dann legt er selber Hand an.** Da rückt er ein Kissen zurecht, dort richtet er einen Stuhl. Seit Mai 2015 ist Baumann – der mit Miriam Blocher (43) verheiratet ist und mit ihr Sohn Marc (3) und Tochter Sara (1) hat – Chef des grössten Schweizer Möbelhauses mit 20 Filialen und 1200 Angestellten.

Der einstige KV-Stift hat in struben Zeiten begonnen, kurz nach der Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses. «Einfach mal 100 Tage lang zuzuschauen, das lag nicht drin. Vom ersten Tag an war ich mitten im Strudel.» **Weil Möbel Pfister gut aufgestellt gewesen sei, habe man die harten Zeiten gut überlebt.** Aber: «Man darf sich nie auf den Lorbeeren ausruhen», sagt er, nimmt einen kräftigen Schluck Espresso.

Der Handel befinde sich in einer ungeheuren Dynamik. «Dank des Onlinehandels herrscht totale Transparenz. **Die Konkurrenten sind nicht mehr nur die Möbelhäuser in der Region, sondern auch Händler in London oder gar New York**», sagt er. Noch verkauft Möbel Pfister fünf bis sechs Prozent der Möbel online. «Aber das Potenzial ist enorm, wir sind wieder um 30 Prozent gewachsen», so Baumann.

Anfang April eröffnet der österreichische Möbelgigant XXXLutz – die Nummer zwei in Europa – seine erste Filiale in der Schweiz. Ausgerechnet in Rothrist AG, wo die Pfister Gruppe mit Möbel Hubacher auch eine Filiale betreibt. An der Spitze steht mit Meinrad Fleischmann Baumanns Vorgänger bei Möbel Pfister.

Eine Provokation? «Nein», sagt Baumann, der die Konkurrenz gelassen nimmt. **«Rothrist ist ein guter Standort. Mehrere Möbelhäuser nebeneinander schaden nicht.** Fisch muss man auch auf dem Fischmarkt verkaufen», sagt er. «Ich habe keine Angst vor den Österreichern. Aber ich nehme sie ernst.»

Der Markt werde regeln, ob es noch Platz hat für einen grossen Anbieter. Aber der Druck auf die Preise bleibe bestehen. «Das ist gut für den Kunden. Und zwingt uns, weiter an unserer Effizienz zu arbeiten», sagt Baumann, der auch an einem freien Samstag häufig in einer Pfister-Filiale anzutreffen ist.

«Ich mache einen kleinen Ausflug mit meinem Sohn. So sehe ich meine Läden aus der



Fotos: Sabine Wunderlin, Daniel Kellenberger

Krisenerprobt
Seine Stelle angetreten hat Matthias Baumann kurz nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses.

«Ich habe keine Angst vor den Österreichern»



Juni 2015: Matthias Baumann heiratet in Meilen Christoph Blochers Tochter Miriam.

Kundenperspektive», sagt er. Das sei sehr lehrreich. «So merke ich jeweils schnell, wenn mit dem Wickeltisch der Herrentoilette etwas nicht stimmt.»

Möbel Pfister will auch ein jüngeres Publikum ansprechen. «Wir wollen in die Städte, neue Ladenkonzepte testen», erklärt der Pfister-Chef. **Dazu gehört auch eine Verstärkung der Aktivitäten auf Social Media.** Noch dieses Jahr soll das Babysortiment ausgeweitet werden. «Da können wir uns noch steigern. Klar, fliessen meine Erfahrungen als junger Vater direkt ein», sagt er und lacht. «Wenn ich etwas brauche für unsere Kinder und es bei uns nicht finde, dann fuchst mich das.»

«Mehrere Möbelhäuser in Rothrist schaden nicht»

Der Einkaufstourismus bereitet ihm weniger Kopfschmerzen als auch schon. **«Wir können preislich mithalten mit der Konkurrenz ennert der Grenze»**,

sagt er. Zudem höre er vermehrt von deutschen Herstellern, dass die Schweizer Händler knallhart seien beim Verhandeln der Einkaufspreise. Dass deutsche Möbelketten im grossen Stil in der Schweiz werben, wertet er als gutes Zeichen. «Das zeigt, dass sie unter Druck sind. Möbelhändler im süddeutschen Raum haben letztes Jahr fünf Prozent weniger Umsatz gemacht.»

Diese Zahlen decken sich mit seiner persönlichen Erfahrung. **«Am Wochenende ist der Stau in Rheinfelden Richtung Deutschland nur noch halb so lang wie vor einem Jahr.»** Der Einkaufstourismus habe seinen Zenit überschritten, wird aber nicht ganz verschwinden. «Für viele hat ein so Einkaufstag Eventcharakter, auch wenn es sich finanziell nicht lohnt.»

Und wie wohnt ein Wohnprofi? **«Ich**

mag es luftig und nicht überfüllt», sagt er. Er wechle die Möbel häufig. «Natürlich in Absprache mit meiner Frau. Wir haben einen ähnlichen Geschmack», sagt

Baumann, der mit seiner Familie in einer Mietwohnung lebt. «Im Moment hört sie aber mehr auf unseren Sohn», sagt er und nimmt nochmal einen Schluck aus der Espressotasse.

Um dann erneut auf das Thema Digitalisierung zu sprechen zu kommen. «Da geht es ab! Was nicht digital ist, wird im Handel inexistent sein», glaubt er. **Und da habe Möbel Pfister mit seiner 135-jährigen Geschichte eine gute Ausgangslage.** «Die Leute vertrauen uns, geben uns ihren Hausschlüssel, wenn wir ihnen Möbel liefern. Darauf müssen wir aufbauen.»

Patrik Berger

Mr. Möbel Pfister

Matthias Baumann (45) ist seit Juni 2015 Chef von Möbel Pfister. Zuvor hatte er vier Jahre das Schweizer Geschäft der Versandapotheke Zur Rose geführt. Von 2009 bis 2011 war er Chef des Einrichtungshauses Interio. Davor leitete er neun Jahre lang die Bürobehörden-Kette Office World. 2015 heiratete Baumann Miriam Blocher (43), die Tochter von alt Bundesrat Christoph Blocher (77). Die beiden haben zwei Kinder.

5 Millionen für Raiffeisen-Vincenz

Das gefallene Raiffeisen-Urgestein Pierin Vincenz (61) wehrt sich gegen den Vorwurf, er habe sich bei Firmenübernahmen unrechtmässig bereichert. Jetzt zeigen Dokumente, die der «SonntagsZeitung» vorliegen, das wahre Ausmass: **Der in U-Haft sitzende Vincenz soll an zwei Deals fast fünf Millionen Franken verdient haben!**

Besonders lukrativ für Vincenz und seinen Geschäftspartner Beat Stocker war der Kauf der Firma Comtrain durch

den Kreditkartenanbieter Aduno. Dank einer verdeckten Beteiligung sollen sie 4,2 Millionen erhalten haben, «wovon Herr Vincenz 1,7 Millionen erhielt».

Bei einem zweiten Deal erhielt Vincenz drei Millionen Franken, angeblich als Darlehen. Die Staatsanwaltschaft spricht von «möglicherweise zu Unrecht erhaltenen



Bestreitet nach wie vor alles: Ex-Raiffeisen-CEO Pierin Vincenz.

Vermögenswerten». Vincenz bestreitet alles. Es gilt die Unschuldsvermutung.

Damit nicht genug: Ex-Raiffeisen-Präsident Johannes Rüegg-Stürm versuchte, Vincenz beim Abgang einen fünfjährigen Beratervertrag mit einem jährlichen Honorar von 500 000 Franken zuzuschreiben. **Patrik Berger**

POLITIK & WIRTSCHAFT

Asylzentren des Bundes sind nicht ausgelastet

Bern – Nur zur Hälfte waren 2017 die Asylzentren des Bundes belegt. Zudem wurde das Kostenziel pro Person und Tag um mehr als die Hälfte überschritten, berichtet die «SonntagsZeitung». Das Staatssekretariat für Migration wehrt sich gegen den Vorwurf, nicht haushälterisch mit den Mitteln umzugehen. Der Bund müsse Schwankungen bewältigen.

Ueli Maurer kritisiert SVP-Initiative

Bern – SVP-Bundesrat Ueli Maurer findet die Initiative seiner eigenen Partei zur Kündigung der Personenfreizügigkeit zu extrem. Dies sagte Maurer an der Feier zur Gründung der SVP Bern dem SonntagsBlick. Allerdings sei es auch ganz zentral, über die Ressourcen für den Arbeitsmarkt und deren Steuerung nachzudenken.

Schluss mit Freibier bei der Swiss

Zürich – Swiss-Passagiere mit dem Economy-Tarif Light müssen künftig auf Flügen von und nach Genf

für die Verpflegung extra bezahlen. Inbegriffen sind nur noch Mineralwasser und Schokolade, wie die «SonntagsZeitung» schreibt. Bislang bot die Swiss Economy-Gästen Gratisessen und -getränke an.

Trump droht BMW und Mercedes Benz

Washington – US-Präsident Donald Trump (71) hat den Europäern mit höheren Zöllen auf Autoimporte gedroht. Autos seien das grosse Problem: «Wir werden Mercedes Benz und BMW mit Zöllen belegen.» Heute entfallen auf jedes US-Auto, das in Europa fahren soll, ein Zoll von zehn Prozent, in der Gegenrichtung 2,5 Prozent.